Der Erderschöpfungstag, das heißt, der Tag, an dem weltweit die nachwachsenden Ressourcen für dieses Jahr aufgebraucht sind, war 2015 der 13. August – sechs Tage früher als 2014.

In die Ausbeutung der Natur und der Arbeiter soll sich der Staat so wenig wie möglich einmischen und soll so wenig wie möglich regulieren. Nur so kann Maximalprofit gesichert werden.

Nur wenn die Schäden an der Natur und der Gesundheit der Arbeiter den Profit gefährden, soll der Staat Maßnahmen ergreifen und normale Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht etwa aus Mitteln der Verursacher, sondern aus Steuermitteln wieder herstellen.

Und was tun die Regierungen?

In Deutschland haben sie sich, ob CDU- oder SPD-geführt, stets bemüht, für die Ausbeutung der Natur, der Länder des Südens und der Menschen im eigenen Land die besten Rahmenbedingungen und Marktchancen zu schaffen. Obwohl sie es besser wußten und gekonnt hätten, haben sie wenig gegen diesen Automatismus der Naturzerstörung unternommen. Forderungen der Ökologischen Plattform: Da das Natur zerstörende Wesen dem kapitalistischen System innewohnt und nicht geheilt werden kann, muss die kapitalistische Produktionsweise durch eine demokratische und ökologische Gemeinschaftsökonomie abgelöst werden. Das Kapital muss durch ein Bündel von Maßnahmen der Politik untergeordnet werden.

Vordringliche erste Maßnahmen: „Alle öffentlichen Güter sowie die Versorgung und Entsorgung bei Elektroenergie, Wasser, Abwasser und Müllentsorgung, der Verkehr und das Bankenwesen müssen in öffentliche Hand übernommen werden.“

Der Staat muss die Kontrolle und Lenkung der Finanzmärkte sowie der Industrie auf den Gebieten des Rohstoffverbrauchs, der Produkteigenschaften und der Abfallreduzierung als hoheitliche Aufgabe übernehmen. Der Staat darf bei der Lagerung und Beseitigung von industriellen Abfallprodukten keine Finanzierung übernehmen (Verursacherprinzip) oder diese Kosten umlegen. Wir brauchen einen Systemwechsel! Dafür sind demokratische Mehrheiten notwendig.

RealEstate

Ökologische Plattform bei der LINKEN *2020*
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel: 030 / 240 09 - 538
Fax: 030 / 241 10 46
Mail: oekoplattform@die-linke.de
Web: www.oekologische-plattform.de
Zugehörigkeit erklären:
kontakt@oekologische-plattform.de

klimaneutral
klimaneutral gedruckt auf Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

Ökologische Plattform

DIE LINKE.

Warum kann der Kapitalismus nicht ökologisch wirtschaften?

„Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 % sicher, und man kann es überall anwenden. 20 %, es wird lebhaft. 50 %, positiv waghalsig. Für 100 % stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß. 300 %, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.“ (T. J. Dunning)

Das Ziel jeder kapitalistischen Produktion ist hoher Profit.

Der Profit kann gesteigert werden, wenn die Kosten der Produktion so weit wie möglich reduziert werden und der Produktionsausstoß so groß wie möglich ausgedehnt wird. Diesen Zielen wird alles untergeordnet. Der Kapitalist will also die Kosten für die Arbeiter, den Rohstoff und Energieverbrauch so weit wie möglich senken. Deshalb geht er mit den Produktionsstandorten in die Billiglohnländer und beschafft sich die Rohstoffe kostengünstig aus Ländern ohne starke nationale Regierungen, ehemaligen Kolonien. Abfall wird dort entsorgt, wo keine Kontrolle ist.

Die Profitmaximierung ist im Aktiengesetz als Aufgabe der Manager gesetzlich festgelegt.

Der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen zwingt diese bei Strafe der Pleite, alle Produktionsfaktoren zu minimieren und ihr Geschäftsfeld auszudehnen.

Da es in der globalisierten Welt keine nationalen Volkswirtschaften mit Abschottung der nationalen Märkte mehr gibt, wirkt der Konkurrenzkampf im globalen Maßstab. Jedes Unternehmen muss sich darin bewähren. Je mehr sich Unternehmen zusammenschließen und ihre wirtschaftliche Macht konzentrieren, um so günstigere Bedingungen haben sie im Konkurrenzkampf. Der marktwirtschaftliche Erfolg gründet sich auf dem massenhaften Verbrauch der Naturressourcen, auf der Umweltschädigung und der Ausbeutung insbesondere des Globalen Südens.

Die Natur ist für Kapitalisten kein Kostenfaktor.

Die Ausbeutung der Rohstoffe, die Vergiftung der Natur mit Abprodukten der Produktion und der erzeugten Produkte ist für das Kapital eine Gratisnaturproduktivkraft (Marx) und geht nicht in die Kosten ein. Da sich dieses Verhalten mit Billigung der Regierungen als Gesamtkapitalisten seit jeher eingebürgert hat, fühlt sich der Kapitalist auch nicht für die Folgen der Zerstörung der Natur und des Menschen verantwortlich. Er überlässt Reparaturen an der Natur und an der Gesundheit der Menschen dem Staat, also dem Steuerzahler. Da die Monopole keine oder wenig Steuern zahlen, sind die vergifteten Bürger für ihre Heilung selbst verantwortlich und müssen das auch noch bezahlen.

Alle externen Kosten der Produktion werden so weit wie möglich auf die Allgemeinheit abgewälzt.

Für die Klimaerwärmung durch Kohlendioxid oder die Langzeitlagerung von Atommüll und Kohlendioxid wird der Staat zur Kasse gebeten und soll die sichere Lagerung über Tausende von Jahren verantworten. Obwohl es sich hier um Schadstoffe der Industrie handelt, lehnen die Konzerne eine langfristige Verantwortung ab.

Kapital muss sich kurzzeitig vermehren und Gewinne bringen, sonst wird es nicht investiert.

Die Betriebsergebnisse werden quartalsweise, längstens jährlich ausgewiesen mit Ausschüttungen und Boni aus dem Gewinn des eingesetzten Kapitals. Ein Interesse an zukünftig zu erwartenden Problemen und womöglich zu erwartenden Katastrophen ist gering. Ob sich aus der Kapitalverwertung für die Umwelt und die soziale Entwicklung negative Auswirkungen ergeben, daran hat das Kapital kein Interesse und lässt diese Entwicklungen an sich herankommen (Klimawandel), um erst dann zu entscheiden, wenn für bestimmte Produktionsmöglichkeiten keine besten Bedingungen mehr vorhanden sind. Es gibt keine volkswirtschaftlichen oder ökologischen Rücksichten durch das Kapital.